Stadt Lüdenscheid

Der Bürgermeister

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Schulausschusses der Stadt Lüdenscheid

am 06.05.2014

Bibliothek der Adolf-Reichwein-Gesamtschule, Eulenweg 2

Anwesend:

Vorsitz:

Ratsherr Jens Voß	SPD

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Norbert Adam	CDU
Ratsherr Rolf Breucker	SPD
Ratsfrau Brunhilde Gromball	FDP
Ratsfrau Eveline Haue	SPD
Ratsfrau Karin Hertes	SPD
Ratsfrau Susanne Mewes	CDU
Ratsfrau Britta Rogalske	CDU
Ratsfrau Anette Schwarz	FDP
Ratsfrau Tanja Tschöke	Bündnis 90/ Die Grünen

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Frank Bisterfeld	Fraktionslos
Herr Norbert Lienesch	Fraktionslos
Herr Berthold Lüke	Fraktionslos
Frau Antje Malycha	Fraktionslos
Frau Annette Schmidt-Kob	Fraktionslos
Frau Katharina Thimm	Fraktionslos

Beratende Mitglieder Integrationsrat

Herr Ahmet Demir	Liste der SPD

Verwaltung:

Herr Hermann Scharwächter
Frau Kerstin Kotziers
Herr Franz Schulte-Huermann

Schriftführung:

Frau Anke Keller

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsfrau Evangelia Kasdanastassi	SPD
Ratsfrau Sabine Rigas-Gülde	CDU
Herr Marcus Gawlik	SPD
Herr Ulf Illhardt	Lüdenscheider Liste
Herr Volker Spähr	CDU
Herr Michael Thomas-Lienkämper	DIE LINKE

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Lutz Graupner	Fraktionslos
Herr Peter Wagener	Fraktionslos

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 17:57 Uhr

1. Friedensschule, Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Lernen; hier: Gründung eines Teilstandortes in Plettenberg
Vorlage: 076/2014

Herr Scharwächter erläutert detailliert die Beschlussvorlage.

Ratsherr Adam stellt in diesem Zusammenhang fest, dass der Standort einer Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Lernen auf Kreisebene, auch im Hinblick auf ein wohnortnahes Förderschulangebot, gesichert sein muss und stimmt seitens der CDU dem Beschlussvorschlag zu.

Ratsherr Voß schließt sich den Ausführungen von Ratsherrn Adam an. Auch seitens der SPD erfolge Zustimmung.

Ratsherr Breucker richtet die Frage an Frau Krois, Schulamt des Märkischen Kreises, ob sich die Zuständigkeit zur Betreuung der Förderschulen durch eine Änderung des Schulgesetzes NRW demnächst auf Kreisebene verlagern wird. Frau Krois erwidert, dass diese Zuständigkeitsänderung eintreten könnte, möchte aber derzeit noch keiner möglichen zukünftigen Planung vorgreifen.

Ratsfrau Schwarz fragt an, wie sich die Fahrkostenübernahme der Schülerinnen und Schüler der Vier-Täler-Schule gestalte.

Herr Scharwächter verweist auf die noch laufenden Kooperationsverhandlungen, in denen mitunter auch die Übernahme der Schülerbeförderungskosten zu regeln ist. Zunächst bleiben aber die erforderlichen Beschlüsse des Rates der Stadt Plettenberg sowie die Entscheidung des Rates der Stadt Lüdenscheid am 19.05.2014 abzuwarten.

Der Schulausschuss empfiehlt dem Rat (vorbehaltlich der Beschlussfassung in Plettenberg)

1. zu beschließen, am Standort der zum 31.07.2014 aufgelösten Viertäler-Schule Plettenberg einen Teilstandort der Friedensschule Lüdenscheid einzurichten und die

notwendige Genehmigung gemäß § 81 Schulgesetz NRW bei der Bezirksregierung in Arnsberg zu beantragen.

2. zu beschließen, mit der Stadt Plettenberg die der Vorlage als Anlage beigefügte öffentlich-rechtliche Vereinbarung auf dem Gebiet des Förderschulwesens abzuschließen.

3. die Verwaltung zu beauftragen, die entsprechende Erklärung zur Aufnahme der Schülerinnen und Schüler aus den Städten Neuenrade und Werdohl sowie der Gemeinde Herscheid am Teilstandort in Plettenberg abzugeben.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

2. Berichtswesen; hier: Friedensschule, Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Lernen, Kooperation mit den Nachbarkommunen Halver und Schalksmühle (Mündlicher Bericht)

Frau Kotziers erläutert den derzeitigen Sachstand der Umsetzung der Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt Lüdenscheid als Träger der Friedenschule und den Nachbarkommunen Halver und Schalksmühle als Träger der Schule an der Susannenhöhe.

Der Rat der Stadt Halver hat am 07.04.2014 die Auflösung der Schule an der Susannenhöhe beschlossen. Im Vorfeld wurde am 12.03.2014 in der Friedensschule ein Informationsabend für die Eltern und die Schülerinnen und Schüler der Schule an der Susannenhöhe angeboten, welcher auf gute Resonanz gestoßen ist. Mittlerweile sind verbindlich 29 Schülerinnen und Schüler von der Schule an der Susannenhöhe an der Friedensschule angemeldet. Frau Kotziers fügt hinzu, dass weitere Anmeldungen aber durchaus noch zu erwarten sind.

Frau Kotziers berichtet weiterhin, dass bereits Gespräche mit Vertretern der Verwaltungen aus Halver und Schalksmühle stattgefunden haben, in denen das organisatorische Vorgehen, wie z. B. die Regelung der Schülerbeförderung, besprochen wurde.

Die Stadt Halver und die Gemeinde Schalksmühle haben in diesen Gesprächen den Schülerinnen und Schülern der Schule an der Susannenhöhe einen Schülerspezialverkehr zur Friedensschule zugesagt.

Weiterhin führt Frau Kotziers aus, dass für die Stadt Lüdenscheid durch die Übernahme der Schülerinnen und Schüler keine Kosten entstehen. Diese werden durch Anteile aus der Bildungspauschale und ggf. aus der Schlüsselzuweisung abgedeckt.

Ratsherr Voß fragt an, ob seitens hierzu noch weitere Nachfragen oder Anmerkungen vorliegen. Dies ist nicht der Fall.

3. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

3.1. Bekanntgaben

3.1.1. Bekanntgabe Termin "Gemeinsame Sitzung des Schulausschusses und des Kuratoriums Zeppelin-Gymnasium"

Ratsherr Voß gibt bekannt, dass die nächste gemeinsame Sitzung des Schulausschusses und des Kuratoriums Zeppelin-Gymnasium am 20.05.2014 stattfinden wird.
Der Tagungsort wird in Kürze bekanntgegeben.

3.2. Beantwortung von Anfragen

Keine.

3.3. Anfragen

3.3.1. Anfrage des Ratsherrn Adam "Anmerkungen der Richard-Schirrmann-Realschule zum integrierten Kultur- und Bildungskonzeptes der Stadt Lüdenscheid; hier: Punkt 21 der kultur- und bildungspolitischen Ziele."

Ratsherr Adam verweist auf die gemeinsame Sitzung des Kultur- und Schulausschusses am 01.04.2014. Thema dieser Sitzung war u. a. die Erarbeitung eines integrierten Kultur- und Bildungskonzepts im Rahmen der Erstellung des IHK Altstadt.

Die Richard-Schirrmann-Realschule, vertreten durch den Schulleiter Herrn Wagener und durch den Konrektor Herrn Riedel, hat Ratsherrn Adam schriftliche Anmerkungen zu Punkt 21 der kultur- und bildungspolitischen Ziele der Stadt Lüdenscheid übermittelt.

Nach Punkt 21 soll allen Kindern die Teilhabe an Kultur- und Bildungsangeboten ermöglicht werden und eine hinreichende Information über finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten erfolgen. Die Leitung der Richard-Schirrmann-Realschule merkt an, dass die Teilhabe aller Kinder oftmals nur mit intensiver Unterstützung der unterrichtenden Lehrkräfte an den Schulen möglich sein wird. Durch die vielfältige Belastung der Lehrkräfte sei ein Abbau von bürokratischen Hemmnissen unabdingbar. Die Lehrkräfte werden nur dann mit den Klassen kulturelle Einrichtungen der Stadt besuchen können, wenn Transport, Eintrittsgelder und Betreuung durch Fachpersonal leichter und zeitnah planbar sowie kostenmäßig überschaubar bleiben.

Herr Wagener hat in diesem Schreiben verschiedene bürokratische Hürden aufgelistet, aber auch Möglichkeiten aufgezeigt, wie diese abgebaut werden können. Ratsherr Adam bittet nun um Klärung, ob seitens der Verwaltung Abhilfe geschaffen werden kann.

Herr Scharwächter sagt zu, dass diese Anfrage in der nächsten Sitzung beantwortet wird.

3.3.2. Anfrage des Ratsherrn Adam "Beratung durch den Märkischen Kreis bei Schulanmeldungen von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf"

Ratsherr Adam fragt, in welcher Form die Beratung durch den Märkischen Kreis bei den Anmeldeverfahren für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf erfolgt.

Frau Krois schildert ausführlich die Schwierigkeiten aus der Vergangenheit, die durch die kurze Zeitspanne zwischen dem Inkrafttreten des 9. Schulrechtsänderungsgesetzes und den Anmeldeterminen an den Schulen bedingt waren. Sie stellt das bisherige Verfahren dar und führt gleichwohl aus, dass in Zusammenarbeit mit der Bezirksregierung Arnsberg ein Konzept entwickelt wird, in dem die einzelnen Verfahrensschritte dargestellt werden. Frau Krois führt aus, dass somit alle Beteiligten, insbesondere die Eltern, frühzeitig Informationen erhalten und beraten werden können. Außerdem werden in zwei Regionalkonferenzen die Rahmenbedingungen und die verbindliche Verteilung der Schülerinnen und Schüler festgelegt.

Aus dem Kreis der Ausschussmitglieder werden einige auch kritische Fragen an Frau Krois gestellt, die diese sofort beantwortet. Frau Krois macht abschließend deutlich, dass manche Schwierigkeiten durch das bisherige Verfahren bedingt waren, aber zukünftig eine frühzeitige und ausführliche Beratung aller Beteiligten erfolgt sowie eine höhere Transparenz gegeben sein wird.

Herr Scharwächter gibt zu bedenken, dass zunächst Erfahrungen im Bereich der Inklusion gesammelt werden mussten. Frau Kotziers weist darauf hin, dass die Vertreter der Schulen vor den Sommerferien 2014 zu einer ersten Sitzung der Arbeitsgruppe „Inklusion“ eingeladen werden.

gez. Jens Voß	gez. Anke Keller
Vorsitzender	Schriftführerin